

**Antrag 128/II/2024****Jusos LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Linke Politik auch bei Gegenwind - stabil stehen gegen Rechte Raumnahme**

1 Unsere Gesellschaft erlebt gegenwärtig eine beängsti-  
 2 gende Gegenwart von rechten Gedankenguts in allen Be-  
 3 reichen des öffentlichen Lebens. Seien es die jüngsten Eu-  
 4 ropawahlergebnisse der AfD, die Störungsaktion von Fas-  
 5 schist\*innen beim CSD oder das Entstehen einer neuen  
 6 rechtsextremen Jugendkultur: Rechtsextreme Akteur\*in-  
 7 nen fühlen sich im Aufwind und versuchen, einen größer  
 8 werdenden Raum in unserer Gesellschaft einzunehmen.  
 9 Während Konservative bis hin zu Teilen der SPD anneh-  
 10 men, dass sie durch eine Übernahme rechter Narrative po-  
 11 litischen Erfolg erzielen, stellen wir uns dieser Raumnah-  
 12 me von Rechts entgegen. Die beste Antwort auf schlechte  
 13 Politik von rechts ist gute Politik von links! Wenn sich  
 14 rechtsextreme Jugendgruppen wieder organisieren, sich  
 15 zum Kampfsport treffen und linke Orte und Aktivist\*in-  
 16 nen angreifen, trotzen wir dem Gegenwind und kämpfen  
 17 weiterhin für eine sozialistische und solidarische Gesell-  
 18 schaft. Denn der Kampf für diese Gesellschaft ist für uns  
 19 die tatsächliche Antwort gegen Rechte Narrative.

20

**Intersektionaler Antifaschismus**

21 Wir betrachten den Kampf gegen Rechts intersektional.  
 22 Die Unterdrückungs- und Diskriminierungsmechanismen  
 23 in unserer Gesellschaft sind vielfältig und verstärken sich  
 24 gegenseitig. Demzufolge dürfen sie nicht als isolierte Pro-  
 25 bleme oder Einzelfälle betrachtet werden. Antisemitische  
 26 Straftaten, rassistische Ausschreitungen, misogynie Struk-  
 27 turen und andere Formen von Diskriminierung und Ge-  
 28 walt geschehen nicht im luftleeren Raum, sondern sind  
 29 explizites Ergebnis eines rechtsextremen Weltbildes, das  
 30 gesellschaftlich verfängt und Wurzeln schlägt. Der Kampf  
 31 gegen Rechts ist für uns also gleichermaßen ein Kampf  
 32 gegen Rassismus, Antisemitismus, Sexismus, Ableismus,  
 33 Queerfeindlichkeit und weitere Diskriminierungsformen.  
 34 Zudem stehen wir solidarisch an der Seite diskriminier-  
 35 ter Gruppen und Betroffener rechter Gewalt. Viel zu oft  
 36 werden Opfer rechtsextremer Straftaten nicht als solche  
 37 anerkannt und ein rechtsextremes, geschweige denn ein  
 38 politisches, Motiv wird immer noch viel zu häufig geleg-  
 39 net. Auch hier fehlt es an einem intersektionalen Ver-  
 40 ständnis in der Justiz- und Aufklärungsarbeit. Darüber  
 41 hinaus ist der Schutz von vulnerablen Gruppen zentral.  
 42 Zu häufig werden die Taten als Einzelfälle bagatellisiert,  
 43 Zusammenhänge nicht erkannt oder auf vermeintliche  
 44 psychische Krankheiten verwiesen, statt eine Rechtsradi-  
 45 kale Gesinnung als Tatmotiv anzuerkennen. Dies verhin-  
 46 dert nicht nur einen umfassenden Kampf gegen Rechts,  
 47 der verschiedenen Taten als zusammenhängend begreift,  
 48

**Empfehlung der Antragskommission****Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

Unsere Gesellschaft erlebt gegenwärtig eine beängsti-  
 gende Gegenwart von rechtem Gedankengut in allen Be-  
 reichen des öffentlichen Lebens. Seien es die jüngsten Eu-  
 ropawahlergebnisse der AfD, die Störungsaktion von Fas-  
 schist\*innen beim CSD oder das Entstehen einer neuen  
 rechtsextremen Jugendkultur: Rechtsextreme Akteur\*in-  
 nen fühlen sich im Aufwind und versuchen, einen größer  
 werdenden Raum in unserer Gesellschaft einzunehmen.  
 Während Konservative bis hin zu Teilen der SPD anneh-  
 men, dass sie durch eine Übernahme rechter Narrative po-  
 litischen Erfolg erzielen, stellen wir uns dieser Raumnah-  
 me von Rechts entgegen. Die beste Antwort auf schlechte  
 Politik von rechts ist gute Politik von links! Wenn sich  
 rechtsextreme Jugendgruppen wieder organisieren, sich  
 zum Kampfsport treffen und linke Orte und Aktivist\*in-  
 nen angreifen, trotzen wir dem Gegenwind und kämpfen  
 weiterhin für eine sozialistische und solidarische Gesell-  
 schaft. Denn der Kampf für diese Gesellschaft ist für uns  
 die tatsächliche Antwort gegen Rechte Narrative.

Dazu sind umfassende Forderungen in verschiedenen Be-  
 reich nötig.

Wir fordern daher im Bereich des Antifaschismus:

- die klare Benennung von durch rechte Ideologien motivierte Straftaten als rechte Gewalt.
- die Förderung und den Ausbau queerer Projekte und die Sicherstellung von queeren Schutzräumen.
- die Erhaltung und Entstehung linker Jugendclubs, als wichtiges und demokratieförderndes Angebot für junge und linke Diskursräume.
- den Ausschluss rechtsextremer Gruppen von der Nutzung öffentlicher Gebäude, Sportstätten und Grundstücken.
- eine intersektionale Schwerpunktsetzung bei Anlaufstellen rechter Gewalt, um der Gefahr einer Individualisierung rechter Gewalt zu begegnen.
- die Förderung und Finanzierung von Bildungs- und Aufklärungsprojekten, die sich gegen Antisemitismus und antimuslimischen Rassismus einsetzen.
- Eine intensivere Parteienbildung und kritische Auseinandersetzung sowie Einordnung der Werte und Geschichte von Parteien und Parteiprogrammen in den Schulen. Dies muss jahrgangübergreifend vor jeder Bundestagswahl und auch zusätzlich zum schulischen Politikunterricht gewährleistet sein.
- die Förderung und Finanzierung von marginalisiertem Leben, durch Unterstützung der Gemeinden,

49 sondern diffamiert auch Menschen mit psychischen Er-  
 50 krankungen, indem es sie in die Nähe von Rechtsextre-  
 51 mist\*innen stellt. Menschen, die Ziel von rechter Gewalt  
 52 und Diskriminierung sind, brauchen Schutzräume und es  
 53 ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, entsprechen-  
 54 de Möglichkeiten zur Selbstorganisation, Solidarisierung  
 55 und Vernetzung sicherzustellen und den Widerstand ge-  
 56 gen rechte Ideologien und Gewalt auf allen Ebenen zu er-  
 57 möglichen.

58 Der Kampf gegen Antisemitismus und antimuslimischen  
 59 Rassismus ist integraler Bestandteil antifaschistischer Ar-  
 60 beit und darf nicht gegeneinander ausgespielt werden.  
 61 Von 2022 auf 2023 haben sich antisemitische Straftaten  
 62 verdoppelt und auch im ersten Halbjahr 2024 ist ein An-  
 63 stieg antisemitischer Gewalt zu verzeichnen. Dem Ver-  
 64 such der Vereinnahmung des Diskurses rund um den  
 65 gesellschaftlichen Antisemitismus von konservativer und  
 66 rechter Seite stellen wir uns entschieden entgegen und  
 67 verurteilen die bewusste populistische Scharfmache und  
 68 Hetze gegen Muslim\*innen und als muslimisch gelesene  
 69 Personen in Folge des 07. Oktobers 2023 und des Terror-  
 70 angriffs der Hamas auf Israel, ebenso wie wir Angriffe auf  
 71 Jüdinnen\*Juden seit dem 7. Oktober verurteilen. Im Rah-  
 72 men des zivilgesellschaftlichen Lagebildes antimuslimi-  
 73 scher Rassismus für das Jahr 2023 wurden knapp 2000 Fäl-  
 74 le im Zusammenhang mit antimuslimischem Rassismus  
 75 dokumentiert, was einem Anstieg von rund 114 % im Ver-  
 76 gleich zum Vorjahr entspricht.

77 All das zeigt, dass eine eindimensionale antifaschistische  
 78 Strategie weder nachhaltig ist, noch verhindert sie die  
 79 Reproduktion von eben jener Mehrfach-Diskriminierung.  
 80 Unser Anspruch eines intersektionalen Antifaschismus er-  
 81 fordert es, dass wir unsere eigenen Strukturen und Stra-  
 82 tegien immer wieder kritisch hinterfragen und uns dafür  
 83 einsetzen, dass dieses Prinzip nicht nur Teil unserer Dis-  
 84 kursräume bleibt, sondern gesamtgesellschaftliche An-  
 85 knüpfungspunkte bildet und sich auch in konkreter Politik  
 86 widerspiegelt.

87 **Wir fordern:**

- 88 • die klare Benennung von durch rechte Ideologien
- 89 motivierte Straftaten als rechte Gewalt.
- 90 • die Förderung und den Ausbau queerer Projekte und
- 91 die Sicherstellung von queeren Schutzräumen.
- 92 • die Erhaltung und Entstehung linker Jugendclubs,
- 93 als wichtiges und demokratieförderndes Angebot
- 94 für junge und linke Diskursräume.
- 95 • eine intersektionale Schwerpunktsetzung bei An-
- 96 laufstellen rechter Gewalt, um der Gefahr einer In-
- 97 dividualisierung rechter Gewalt zu begegnen.
- 98 • die Förderung und Finanzierung von Bildungs- und
- 99 Aufklärungsprojekten, die sich gegen Antisemitis-
- 100 mus und antimuslimischen Rassismus einsetzen.
- 101 • Eine intensivere Parteienbildung und kritische Aus-

Vereine und Initiativen, um sie als sichtbaren Teil der  
 Stadtgesellschaft zu stärken.

- die Sicherstellung der Ausfinanzierung des Berliner Registers,

Antifaschismus findet aber nicht nur auf der Straße und  
 in der Zivilgesellschaft statt, sondern muss auch in Parla-  
 menten stattfinden. Daher fordern wir:

- Unvereinbarkeitsbeschlüsse der Arbeit mit der AfD  
 in allen SPD-Gliederungen und auf allen politischen  
 Ebenen – von Kommune bis EU darf nicht mit der  
 AfD zusammengearbeitet werden.
- Deutliche Konsequenzen, bis zum Ende von Koali-  
 tionen, falls Koalitionspartner\* mit der AfD zusam-  
 menarbeiten oder die Zusammenarbeit auf anderen  
 Ebenen toleriert wird
- einen Maßnahmenkatalog des Abgeordnetenhau-  
 ses spezifisch gegen die verschiedenen Ausprägun-  
 gen rechte Gewalt und
- Vereinsverbote für Vorfeldorganisationen der AfD  
 sowie nahestehende Stiftungen
- die Prüfung eines Antrages auf ein Verbot der AfD  
 gemäß Art. 21 Abs. 2 GG vorzubereiten und beim  
 Bundesverfassungsgericht einzureichen.

Der Rechtsruck macht auch vor unserer Partei nicht halt.

Um diesem entgegenzuwirken, fordern wir:

- keine Gleichsetzung von Rechtsextremismus mit  
 ‚Linksextremismus‘ durch Sozialdemokrat\*innen,
- keine Übernahme rechter Narrativen durch die SPD,
- sowie Schulungen für Funktions- und Mandats-  
 träger\*innen der SPD zu verschiedenen Diskrimi-  
 nierungsformen und Intersektionalität. Dies soll in  
 Form von Workshops, Veranstaltungen und Kampag-  
 nen geschehen. Wir setzen uns dafür ein, dass ins-  
 besondere auch Antisemitismusprävention einen  
 festen Platz in unserer politischen Bildungsarbeit  
 einnimmt.
- die Erarbeitung einer Bündnisstrategie der SPD un-  
 ter Einbeziehung relevanter AGen, die in verschiede-  
 nen Bündnissen vertreten sind
- eine Übersicht über die Bündnisse, in denen die SPD  
 als Partei vertreten ist,
- eine zentrale und niedrigschwellige Übersicht über  
 Bündnisse und Initiativen, bei denen sich auch Ba-  
 sismitglieder engagieren können, inklusive mögli-  
 cher Ansprechpersonen und
- weiterhin keine Zusammenarbeit mit der AfD – ob  
 auf Bezirks-, Landes- oder Bundesebene

102 einandersetzung sowie Einordnung der Werte und  
103 Geschichte von Parteien und Parteiprogrammen in  
104 den Schulen. Dies muss jahrgangsübergreifend vor  
105 jeder Bundestagswahl und auch zusätzlich zum  
106 schulischen Politikunterricht gewährleistet sein.

- 107 • die Förderung und Finanzierung von marginalisiertem  
108 Leben, durch Unterstützung der Gemeinden,  
109 Vereine und Initiativen, um sie als sichtbaren Teil der  
110 Stadtgesellschaft zu stärken.

111

### 112 **Kampf gegen die AfD**

113 Rechte Narrative sind breit in der Gesellschaft verankert  
114 und treten nicht als Randphänomene oder Einzelfälle auf.  
115 Sie durchziehen gesellschaftliche Schichten, Berufsfelder  
116 und die verschiedensten Gruppierungen. Studien zeigen,  
117 dass diese Narrative nicht neu sind, sondern bereits seit  
118 vielen Jahrzehnten in der Gesellschaft breit vertreten wer-  
119 den. Durch die Gründung der AfD und der damit einher-  
120 gehenden ständigen Präsenz rechten Gedankenguts im  
121 öffentlichen Diskurs haben sich diese Meinungen ledig-  
122 lich artikuliert, verstärkt und in politische Macht über-  
123 setzt. Deutlich wird dies nicht nur in Verschiebungen des-  
124 sen, was in Diskussionen gesellschaftlich als "Meinungen"  
125 akzeptiert wird, oder in tätlichen Angriffen auf margina-  
126 lisierte Gruppen oder linke Gruppierungen und Projek-  
127 te. Es zeigt sich ebenso in den hohen Zustimmungswert-  
128 en für die AfD in Umfragen und bei den letzten Wah-  
129 len. Mit 11,6% bei der Europawahl in Berlin wurde die  
130 AfD die viertstärkste Partei, nur knapp hinter der SPD.  
131 In Marzahn-Hellersdorf (25,3%), Lichtenberg (17,5%) und  
132 Treptow-Köpenick (17,3%) wurde sie sogar stärkste Kraft.  
133 Über alle Altersgruppen hinweg schafft es die AfD Wäh-  
134 ler\*innen zu motivieren. Für uns ist klar: Faschismus, Ras-  
135 sismus und Antisemitismus sind keine Meinungen. Wer  
136 die AfD wählt, macht sich mitschuldig.

137 Nicht erst die Recherchen des journalistischen Kollektivs  
138 „Correctiv“ Anfang Januar 2024 machen deutlich, welche  
139 Gefahr von der AfD und ihrer Gefolgschaft ausgeht. Schon  
140 lange sorgen rechte und rechtsextreme Kräfte für eine ak-  
141 tive Gefahr für vor allem marginalisierte Gruppen. Die Par-  
142 tei ruft aktiv zur Gewalt gegen alle auf, die nicht in ihr ras-  
143 sistisches, antisemitisches, sexistisches und queerfeindli-  
144 ches Weltbild passen. Beispiele hierfür gibt es viele.

145 Auch wenn ein Parteiverbot das rechte Gedankengut nicht  
146 verschwinden lässt, so bleibt es trotzdem ein wichtiges  
147 Mittel, um zu verhindern, dass der parlamentarische Arm  
148 des Faschismus in Deutschland erneut an die Macht ge-  
149 langt. Parteien gelten nach Artikel 21 Abs. 2 GG als ver-  
150 fassungswidrig, wenn ihre Ziele oder das Verhalten ihrer  
151 Anhänger darauf abzielen, die freiheitliche demokratische  
152 Grundordnung zu beeinträchtigen, zu beseitigen oder  
153 den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefähr-  
154 den. Die AfD versucht systematisch, durch Hintergrund-

155 strukturen, grundlegende Prinzipien unserer Verfassung  
156 und die Achtung der Menschenrechte abzuschaffen und  
157 kämpft gegen demokratische Strukturen, indem sie poli-  
158 tische Gegner\*innen diffamiert oder abschaffen will. Erst  
159 Anfang August 2024 hat Tino Chrupalla, der Bundesvorsit-  
160 zende der AfD, bei einer Wahlkampfveranstaltung in Thü-  
161 ringen gesagt, „diese SPD [sei] endgültig für den Scha-  
162 fott geeignet“. Das Schafott diene bis ins 18. Jahrhundert  
163 der öffentlichen Enthauptung. Die logische Konsequenz  
164 aus einem solchen Verhalten und solchen Forderungen ist  
165 demnach ein Verbotsverfahren. Ein solches darf allerdings  
166 nicht, wie beim NPD-Verbotsverfahren, daran scheitern,  
167 dass sogenannte V-Leute des Verfassungsschutzes noch  
168 in Strukturen der AfD stecken. Gleichzeitig wissen wir  
169 auch, dass Spuren rechter Kräfte im Verfassungsschutz  
170 tief verankert sind. Strukturen und die Rolle des Verfas-  
171 sungsschutzes müssen daher kritisch betrachtet werden.  
172 Das Verbotsverfahren mit dem Ergebnis eines Parteiver-  
173 bots kann einige Zeit dauern. Bis dahin bleibt die AfD in  
174 Verwaltungen und Parlamenten bestehen und an demo-  
175 kratischen Prozessen beteiligt. Es muss für Demokrat\*in-  
176 nen selbstverständlich sein, dass auf keiner Ebene - von  
177 der Kommune bis ins Europäische Parlament - mit der AfD  
178 zusammengearbeitet werden darf. In allen SPD- und Juso-  
179 Gliederungen müssen hierfür Unvereinbarkeitsbeschlüs-  
180 se herbeigeführt werden, um diese Haltung zu untermau-  
181 ern.

182 Gleiches müssen wir ebenso von unseren  
183 Zählgemeinschafts- und Koalitionspartner\*innen einfor-  
184 dern. Während die CDU eine Zusammenarbeit mit der AfD  
185 eigentlich per Parteitagsbeschluss ausgeschlossen hat,  
186 werden hier Stimmen deutlicher, die eine solche Zusam-  
187 menarbeit für notwendig halten. In einer Forsa-Umfrage  
188 im August 2024 gaben 45% der über 1000 befragten  
189 CDU-Mitglieder an, eine Zusammenarbeit mit der AfD  
190 nicht auszuschließen. Das ist erschreckend. Es muss klar  
191 sein: Wer mit der AfD kooperiert, sich mit ihr Mehrheiten  
192 beschafft, von ihr in Ämter heben lässt oder ihre Anliegen  
193 unterstützt, kann nicht mit uns zusammenarbeiten.  
194 Solche Dammbürche müssen das Ende von Koalitionen  
195 bedeuten. Alle demokratischen Parteien sind in der  
196 Pflicht, sich für unsere Demokratie einzusetzen und den  
197 aufsteigenden Faschismus zu bekämpfen. Das Mindeste  
198 hierfür ist, jegliche Zusammenarbeit und Legitimierung  
199 der AfD zu unterlassen.

200 **Daher fordern wir:**

- 201 • Vereinsverbote für Vorfeldorganisationen der AfD
- 202 sowie nahestehende Stiftungen
- 203 • die Prüfung eines Antrages auf ein Verbot der AfD
- 204 gemäß Art. 21 Abs. 2 GG vorzubereiten und beim
- 205 Bundesverfassungsgericht einzureichen.

206

207 **Gegen Rechts im Internet**

208 Besondere Sorge bereitet uns die Mobilisierung von jun-  
209 gen Menschen durch rechte Influencer\*innen in den So-  
210 zialen Medien, insbesondere TikTok. Waren vor wenigen  
211 Jahren junge Menschen noch in der Regel progressiv ein-  
212 gestellt, erleben wir nun, dass rechts sein wieder cool ge-  
213 worden ist. Nicht selten treffen wir auf Minderjährige mit  
214 einem nahezu geschlossenen Rechten Weltbild. Während  
215 unsere Argumente komplex sind und häufig nicht in 30 Se-  
216 kunden erklärt werden können, haben AfD-nahe Influen-  
217 cer\*innen keine Probleme, ihr rechtes Weltbild in 30 Se-  
218 kunden zu packen. Wir sehen hier das Risiko einer breiten  
219 Mobilisierung junger Menschen von Rechts, da beim Kon-  
220 sum rechter Inhalte auf Social Media andere Inhalte sehr  
221 schnell nicht mehr angezeigt werden. Als Jugendverband  
222 sehen wir es als unsere besondere Aufgabe, hier Aufklä-  
223 rungsarbeit zu leisten und ein demokratisches, inklusives  
224 Weltbild zu vermitteln.

225

### 226 **Gegen Rechts in der ganzen Stadt**

227 Berlin gilt weithin als linke, diverse, queere und offene  
228 Stadt. Aber auch in unserer Stadt gibt es Rechtsextremis-  
229 mus, rechte Gewalt und strukturelle Diskriminierungen,  
230 die auf rechten Narrativen beruhen. Durch die Wahlergeb-  
231 nisse der AfD fühlen sich viele rechte und rechtsextreme  
232 Personen bestätigt und treten verstärkt auch im öffentli-  
233 chen Raum auf. Oft treten sie dabei in sichtbaren Grup-  
234 pen auf, um Menschen einzuschüchtern. Dabei kommt es  
235 immer wieder zu verbalen und tätlichen Angriffen. Nicht  
236 alle diese Angriffe werden angezeigt - auch weil die Be-  
237 troffenen selbst teilweise schon Diskriminierung durch die  
238 Polizei erlebt haben.

239 Die Registerstellen, die verbale und körperliche Angriffe,  
240 sowie rechtsextreme Symbolik im öffentlichen Raum er-  
241 fassen, sind hier eine wichtige Stelle, um das Ausmaß  
242 rechter Gewalt deutlich zu machen. Das Berliner Regis-  
243 ter, das in jedem Bezirk aktiv ist und aus öffentlichen För-  
244 dergeldern mitfinanziert wird, ist allerdings immer wieder  
245 Shitstorms von rechts ausgesetzt. Das Ziel dieser Kampa-  
246 gen ist es, die Arbeit des Registers zu verhindern und so-  
247 mit rechte Gewalt jeder Form unsichtbar zu machen. Das  
248 darf nicht zugelassen werden.

249 Rechte Gewalt kann viele Formen haben, die auch in den  
250 verschiedenen Berliner Bezirken unterschiedlich auftre-  
251 ten können. Die rechtsextreme Kleinstpartei, der Dritte  
252 Weg, trainiert beispielsweise in Pankow in einer vom Be-  
253 zirk bereitgestellten Halle Kampfsport, aber auch in Lich-  
254 tenberg und Treptow-Köpenick gab es bereits größere  
255 Kampfsporttrainings. In Reinickendorf gibt es aufgrund  
256 der dort ansässigen AfD-Bundespartei zentrale regelmäßi-  
257 ge Veranstaltungen mit Parteiprominenz der rechtsextre-  
258 men Partei. Dies sind nur Beispiele, die illustrieren, dass  
259 rechte Gewalt und rechte Umtriebe ein gesamtstädti-  
260 sches Problem sind, die sich aber lokal unterschiedlich zei-

261 gen können.

262 Wir sind solidarisch mit allen Antifaschist\*innen, die sich  
263 diesen und anderen rechten Aktionen regelmäßig in den  
264 Weg stellen und unterstützen unsere Genoss\*innen vor  
265 Ort. Dieser Antifaschismus auf der Straße muss allerdings  
266 stärker von praktischem Antifaschismus in den Bezirks-  
267 verordnetenversammlungen und im Abgeordnetenhaus  
268 unterstützt werden. Dass Rechtsextreme in bezirklichen  
269 Sportstätten Kampfsport trainieren können, ist nicht ak-  
270 zeptabel.

271 In der aktuellen politischen Debatte werden Forderungen  
272 für einen entschiedenen Kampf gegen rechts schnell mit  
273 einer reflexartigen Gleichsetzung von Rechtsextremismus  
274 und ‚Linksextremismus‘ quittiert. Diese Reaktion ist nicht  
275 nur falsch, sie ist auch gefährlich. Über 1000 Rechtsextre-  
276 mist\*innen werden aktuell mit Haftbefehl gesucht, über  
277 100 von ihnen wegen Gewalttaten. 2022 wurde eine grö-  
278 ßere Gruppe rechtsextremer Reichsbürger\*innen festge-  
279 nommen, die konkrete Anschlag- und Umsturzpläne hat-  
280 ten. Eine der Festgenommenen saß mal für die AfD im  
281 Bundestag. Nach Angaben des Verfassungsschutzes, der  
282 nicht für ein konsequentes oder hartes Vorgehen gegen  
283 Rechts bekannt ist, gab es 2023 25.660 rechtsextremisti-  
284 sche Straftaten, also mehr als 70 pro Tag. Die Anschläge  
285 von Halle, Hanau oder München hatten alle einen rechts-  
286 extremen Hintergrund. Die Täter und Anschläge waren  
287 keine Einzelfälle. Rechtsextremismus ist die größte Gefahr  
288 für eine freie Gesellschaft. Das muss sich in politischen  
289 Maßnahmen endlich widerspiegeln, die zielgenau die ver-  
290 schiedenen Aspekte und Formen rechter Gewalt umfas-  
291 sen.

292 **Daher fordern wir:**

- 293 • die Sicherstellung der Ausfinanzierung des Berliner  
294 Registers,
- 295 • einen Maßnahmenkatalog des Abgeordnetenhaus  
296 spezifisch gegen die verschiedenen Ausprägungen  
297 rechte Gewalt und
- 298 • den Ausschluss rechtsextremer Gruppen von der  
299 Nutzung öffentlicher Gebäude, Sportstätten und  
300 Grundstücken.

301

302 **Gemeinsam Kämpfen - Voneinander Lernen**

303 Rechtsextremismus ist und bleibt ein gemeinsames Pro-  
304 blem aller demokratischen Akteur\*innen in Ost und West.  
305 Nur gemeinsam können wir in allen Bereichen des öffent-  
306 lichen Raumes gegen Rechts eintreten.  
307 Gleichzeitig erkennen wir an, dass sich die Präsenz rechter  
308 Narrative sowie rechter Gewalt im öffentlichen Raum in  
309 Ost und West unterscheidet. Dies ist nicht auf eine beson-  
310 dere Anfälligkeit der ostdeutschen Bevölkerung für rech-  
311 tes Gedankengut, sondern auf eine Vielzahl von Fakto-  
312 ren zurückzuführen. Der Infrastrukturverlust und die Er-  
313 fahrungen in der Nachwendezeit, aber auch die Homo-

314 genität der Bevölkerung in der DDR und der Umgang der  
315 DDR mit den Vertragsarbeiter\*innen sind zu nennen. Da-  
316 zu zählt aber auch die gezielte Raumnahme durch west-  
317 deutsche rechtsextreme Akteur\*innen in den 90ern und  
318 den 2010er Jahren. Das mangelnde Problembewusstsein  
319 handelnder Akteur\*innen in Politik und Gesellschaft ins-  
320 besondere in der CDU in den 90ern und bis heute, sowie  
321 Verharmlosungsstrategien jener Akteur\*innen.

322 Die Folge dieser Situation ist das sich rechte Hegemonie-  
323 räume entwickeln konnten und durch mangelnde Aufar-  
324 beitung von rassistischen Angriffen in den Baseballschlä-  
325 gerjahren, dem Versagen bei der Verfolgung des NSU sich  
326 diese Entwicklung bis heute fortgesetzt hat.

327 Die immer wieder von Populismus und rassistischen Vor-  
328 urteilen getriebene Debatte um Geflüchtete und das Asyl-  
329 recht nach 2015 haben, wie auch schon in den 90ern ein  
330 Resonanzraum gefunden in denen sie zur Legitimierung  
331 von Gewalt herangezogen werden.

332 Die Betroffenen dieser rechten Hegemoniestrategie sind  
333 BIPOCs, migrantisierte und queere Personen und FINTA\*s,  
334 denn rechte Hegemonieräume sind weiße, cis-männliche  
335 Räume. Aber auch linke und antifaschistisch engagierte  
336 Menschen sind in diesen Räumen stark gefährdet. Ihnen  
337 allen gilt unsere Solidarität.

338 Während der Kampf gegen Rechts immer und überall ge-  
339 führt werden muss, erkennen wir dennoch, dass er in Ost-  
340 deutschland verstärkt mit körperlicher Gewalt verbunden  
341 ist. Dies gilt auch für die ehemaligen Berliner Ostbezirke  
342 im Vergleich mit den Westbezirken. Wir erkennen die un-  
343 terschiedlichen Intensitäten des Kampfes gegen Rechts in  
344 Ost und West an und stellen uns diesem gemeinsam. Da-  
345 bei hören wir einander zu und lernen von den Erfahrungen  
346 anderer.

347

#### 348 **Das S in SPD muss auch wieder für stabil stehen**

349 Wir wissen, dass der Rechtsruck nicht nur eine Herausfor-  
350 derung für demokratische Kräfte, sondern lebensbedroh-  
351 lich für viele Menschen ist. Seit Jahren müssen wir aber se-  
352 hen, dass auch unsere eigene Partei zwar gerne auf Demos  
353 und Social Media Lippenbekenntnisse abgibt, die SPD sei  
354 die Brandmauer gegen Rechts, die seit 1863 Antifaschis-  
355 mus lebt. Zu Antifaschismus gehört für uns aber auch da-  
356 zu, sich rechter Politik, wie Asylrechtsverschärfungen, ent-  
357 gegenzustellen, anstatt sie mitzutragen oder gar selber  
358 voranzubringen.

359 Auch die SPD steht nicht immer stabil, wenn es um den  
360 Kampf gegen Rechts geht. Die Gleichsetzung von Rechts-  
361 extremismus und ‚Linksextremismus‘ findet auch in Tei-  
362 len der SPD immer wieder statt. Dass auch die Letzte Ge-  
363 neration, die friedlich demonstriert, immer wieder in den  
364 Kontext von ‚Linksextremismus‘ gerückt wird, während  
365 rechtsextreme Terrorist\*innen Menschen ermorden und  
366 konkrete Umsturzpläne für die Errichtung eines rechten

367 Staates haben, zeigt, wie unpassend diese Gleichsetzung  
368 insbesondere in der Sozialdemokratie ist.

369 Die Übernahme rechter Narrativen, vor allem in der  
370 Migrations- und Asylpolitik, ist auch in der SPD immer  
371 mehrheitsfähiger geworden. Abschiebefantasien statt  
372 humaner Geflüchtetenpolitik basierend auf dem univer-  
373 sellen Menschenrecht für Asyl gilt oft als SPD-Position.  
374 Aus unserer Sicht ist das nicht vereinbar mit der Grund-  
375 idee der Sozialdemokratie. Auch wenn die Gesellschaft  
376 und gesellschaftliche Mehrheiten vermeintlich nach  
377 rechts abdriften, darf die SPD diesen nicht hinterherlau-  
378 fen, sondern muss stabil gegen rechte Narrative stehen  
379 und stattdessen positive linke Zukunftsideen formulieren.  
380 Dazu gehört die Verteidigung des Rechts auf Asyl und  
381 der Widerspruch gegen menschenfeindliche Politik, wie  
382 Asylverfahren an der EU-Außengrenze.

383 Menschen, die von Rassismus, Antisemitismus, Antiziga-  
384 nismus, antimuslimischem Rassismus, Queerfeindlichkeit  
385 und jeder Art von Diskriminierung betroffen sind, müssen  
386 wissen, dass die SPD an ihrer Seite im Kampf gegen diese  
387 strukturellen Diskriminierungen steht. Menschen, die von  
388 Diskriminierungen betroffen sind, sind vom politischen  
389 und gesellschaftlichen Rechtsruck in besonderem Maße  
390 betroffen. Allerdings gibt es auch in der SPD immer wie-  
391 der rassistische Debatten, nicht nur über das Asylrecht,  
392 sondern auch beispielsweise über antimuslimischen Ras-  
393 sismus, die Menschen ihre Diskriminierungserfahrungen  
394 absprechen. Hier braucht es klare Haltungen und Schulun-  
395 gen für Funktions- und Mandatsträger\*innen unserer Par-  
396 tei, die sich mit verschiedenen Diskriminierungsformen  
397 auseinandersetzen.

398 **Wir fordern daher:**

- 399 • keine Gleichsetzung von Rechtsextremismus mit
- 400 ‚Linksextremismus‘ durch Sozialdemokrat\*innen,
- 401 • keine Übernahme rechter Narrativen durch die SPD,
- 402 • sowie Schulungen für Funktions- und Mandats-
- 403 träger\*innen der SPD zu verschiedenen Diskrimi-
- 404 nierungsformen und Intersektionalität. Dies soll in
- 405 Form von Workshops, Veranstaltungen und Kampa-
- 406 gnen geschehen. Wir setzen uns dafür ein, dass ins-
- 407 besondere auch Antisemitismusprävention einen
- 408 festen Platz in unserer politischen Bildungsarbeit
- 409 einnimmt.

410 Die SPD darf sich auch in Wahlkämpfen nicht darauf aus-  
411 ruhen, „gegen Rechts“ zu sein. Es braucht eine linke Sozial-  
412 politik, eine mutige Umverteilungspolitik, die diejenigen  
413 in unserer Gesellschaft in den Fokus rückt, die am schlech-  
414 testen gestellt sind. Die Politik der SPD muss die Ängste  
415 und Sorgen der Menschen begreifen und ihnen mit Lösun-  
416 gen begegnen, statt Gruppierungen gegeneinander aus-  
417 zuspähen. Das Recht auf ein gutes Leben muss für alle gel-  
418 ten, uneingeschränkt.

419



**420 Kämpfe kämpfen Hand in Hand**

421 Die SPD hat in den vergangenen Jahren nicht nur das Ver-  
422 trauen vieler linker und insbesondere auch junger Men-  
423 schen verspielt, sondern auch die Hoffnungen und Zuver-  
424 sichtlichkeit vieler Bündnisse und Organisationen, insbe-  
425 sondere mit dem Eintritt in eine CDU-geführte Koalition in  
426 Berlin. Wir müssen feststellen, dass die SPD und auch wir  
427 Jusos nicht mehr automatischer Bündnispartner\*innen  
428 von vielen stadtpolitischen und gewerkschaftlichen Be-  
429 wegungen sind. Dabei ist es unser aller Aufgabe, das ver-  
430 lorengegangene Vertrauen zurückzuholen und mit ihnen  
431 zusammen unsere Stadt gerechter zu machen. Die Zusam-  
432 menarbeit in Bündnissen erweitert dabei nicht nur unsere  
433 Arbeit um Perspektiven, die wir sonst nicht abbilden, sie  
434 ist auch notwendig für eine langfristige gesellschaftliche  
435 Veränderung. Diese Veränderung kann nicht nur durch  
436 parlamentarische Arbeit gelingen, sie muss auch auf der  
437 Straße und in der Breite der Gesellschaft ankommen und  
438 von einer breiten Masse getragen werden.

439 Gleichzeitig erkennen wir an, dass Parlamentarismus trä-  
440 ge ist und noch nie als Wunderwaffen gegen erstarkenden  
441 Faschismus funktioniert hat. In unserer aktuellen Situa-  
442 tion brauchen wir eine starke und einsatzbereite Antifa-  
443 Bewegung aus allen Teilen der Gesellschaft, wie sie sich  
444 beispielsweise in Essen gegen den jüngsten Parteitag der  
445 AfD formiert hatte. Wir unterstützen friedlichen Ungehör-  
446 sam gegen Rechtsextreme, bspw. in Form von Sitzblocka-  
447 den. Wir fördern die nötigen Fähigkeiten für die Durch-  
448 führung und Planung solcher Aktionen des zivilen Unge-  
449 horsams in unseren eigenen Reihen, wo wir können. Poli-  
450 tik wird nicht nur in Parlamenten gemacht, sondern auch  
451 auf der Straße. Dies ist schon immer Kern unserer Doppel-  
452 strategie gewesen.

453 Dafür dürfen wir nicht abwarten, dass sich Bündnisse und  
454 Initiativen an uns wenden, sondern müssen gezielt auf  
455 sie zugehen. Viele Genoss\*innen sind bereits in Bündnis-  
456 sen und Initiativen aktiv. Diese Kontakte zu nutzen und  
457 weiter auszubauen ist und bleibt dabei nicht nur Aufga-  
458 be von Vorständen und Beauftragten, sondern muss durch  
459 die ganze Partei getragen werden. Das gilt ganz beson-  
460 ders auch für antifaschistische Bündnisse, deren wichtige  
461 Arbeit viel zu oft gesellschaftlich kleingeredet oder sogar  
462 kriminalisiert wird.

463 Die Bündnisarbeit der SPD muss dabei auf verschiedenen  
464 Säulen aufgebaut werden. Erstens: Die Partei sowie ih-  
465 re AGen als solche können Teil von Bündnissen sein, die-  
466 se finanziell wie organisatorisch unterstützen und als Teil  
467 dieses Bündnisses Veranstaltungen und etwa Demonstra-  
468 tionen mit organisieren. Hierfür werden aktive Mitglieder  
469 oder Vorstandsmitglieder als Vertretungen der Organisa-  
470 tion in die Bündnisse entsandt. Die Teilnahme an solchen  
471 Bündnissen und Demonstrationen darf aber nicht dazu  
472 führen, dass die SPD sich als Partei profilieren will und et-

473 wa mit Fahnen in den Vordergrund drängt. Zweitens: Mit-  
474 glieder der Partei oder der AGen können als weiteres Enga-  
475 gement, neben ihrem Parteihenamt, Mitglieder in Ver-  
476 einen, Initiativen und Bündnissen sein und hier die Wer-  
477 te des demokratischen Sozialismus vertreten. Diese Form  
478 der Mitarbeit ist oft niedrigschwelliger und dient eher  
479 dem Vertrauensaufbau über Einzelpersonen zu Bündnis-  
480 sen und Gruppierungen, deren Vertrauen die SPD als Par-  
481 tei verspielt hat. Gleichzeitig stellt sie ein wichtiges Stand-  
482 bein für unsere politische Arbeit dar, da sie eine Diversifi-  
483 zierung von Engagement ermöglicht und so Perspektiven  
484 einbringt, die uns sonst fehlen würden. Sie kann lokaler  
485 erfolgen und so Probleme auf anderen Ebenen adressie-  
486 ren. Außerdem ermöglicht sie, die Arbeitslast auf mehre-  
487 re Schultern zu verteilen und trägt dazu bei, dass etwa die  
488 antifaschistische Arbeit als grundlegende Aufgabe der So-  
489 zialdemokratie begriffen wird. Drittens: Insbesondere un-  
490 sere Mandatsträger\*innen haben die Aufgabe, den akti-  
491 ven Austausch und die Zusammenarbeit mit linken Partei-  
492 en nicht einschlafen zu lassen und gemeinsam auch auf  
493 parlamentarischer Ebene diese antifaschistischen Bünd-  
494 nisse und den gemeinsamen Kampf gegen Rechts auch  
495 über Koalitionsgrenzen hinweg weiterzuführen.

496 **Wir fordern daher:**

- 497 • die Erarbeitung einer Bündnisstrategie der SPD un-  
498 ter Einbeziehung relevanter AGen, die in verschiede-  
499 nen Bündnissen vertreten sind
- 500 • eine Übersicht über die Bündnisse, in denen die SPD  
501 als Partei vertreten ist,
- 502 • eine zentrale und niedrigschwellige Übersicht über  
503 Bündnisse und Initiativen, bei denen sich auch Ba-  
504 sismitglieder engagieren können, inklusive mögli-  
505 cher Ansprechpersonen und
- 506 • keine Zusammenarbeit mit der AfD - ob auf Bezirks-,  
507 Landes- oder Bundesebene.